

32. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Herbstsession 2019



Bundeshaus
und SNB am
Mittwoch, 25.
Sept. 2019 um
6.40 Uhr

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

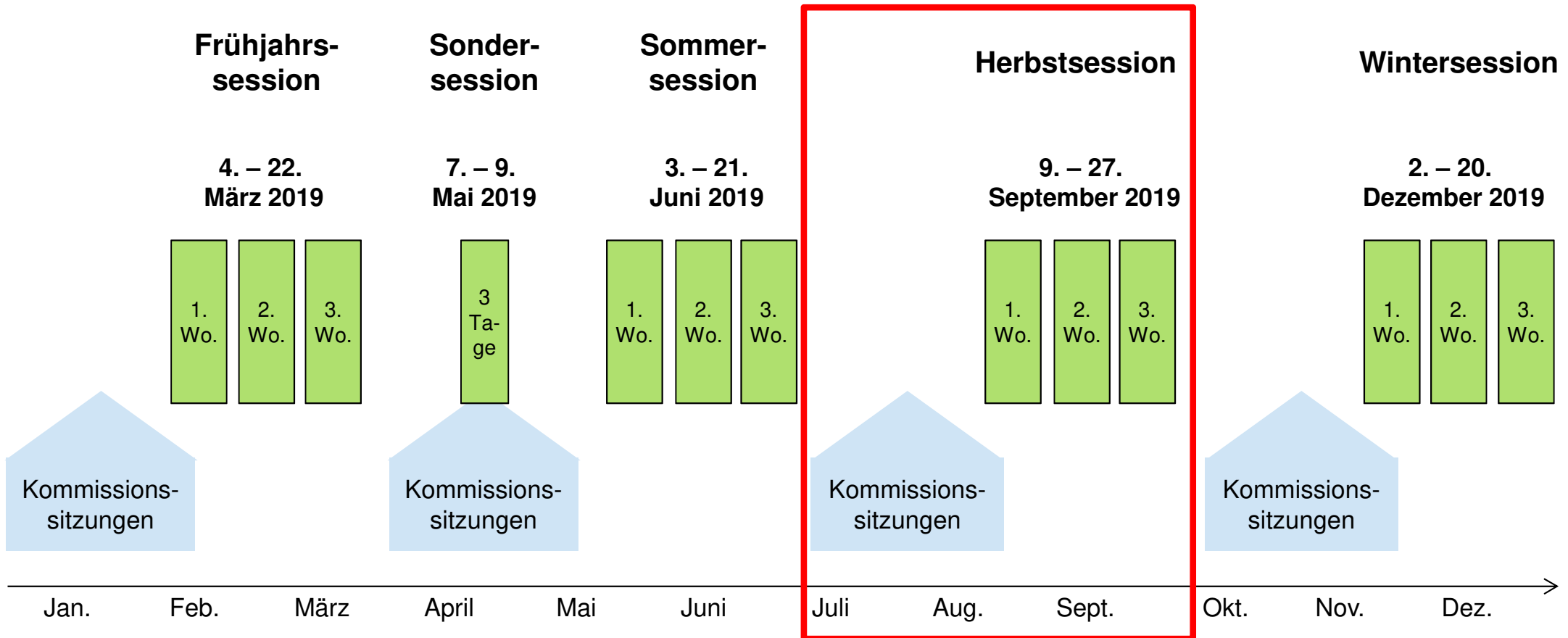
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

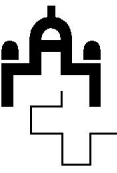
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Herbstsession und andere wichtige politische Entwicklungen



 **Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.**



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





SVP:	68
SP:	43
FDP:	33
CVP/EVP:	30
Grüne:	12
GLP:	7
BDP:	7

8 Stimmenzähler

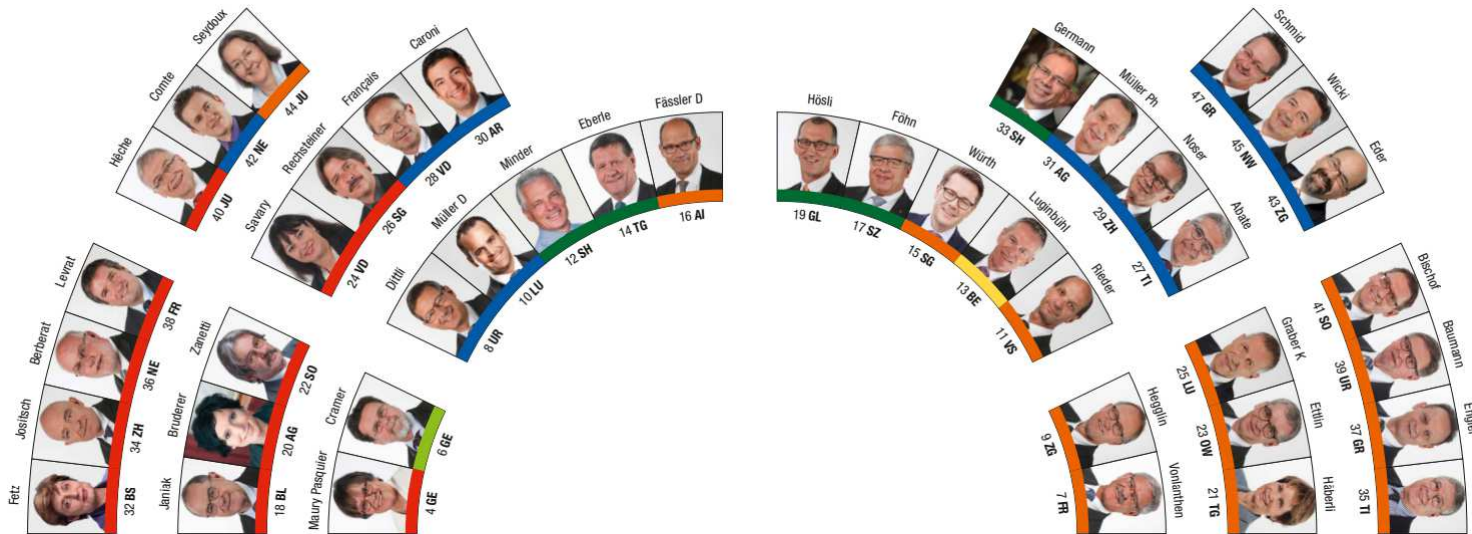
Präsidentin (SP)

1. Vizepräsidentin (FDP)

2. Vizepräsident (SVP)

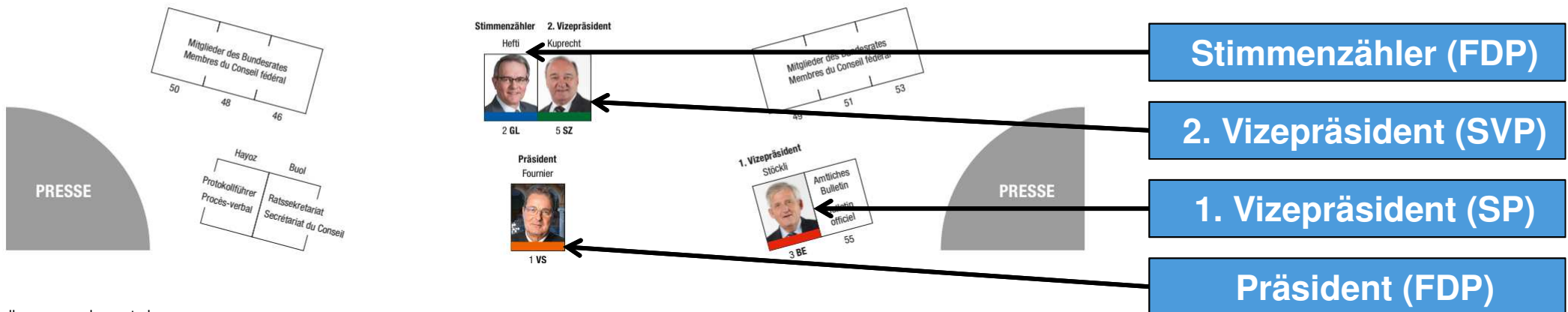
Quelle: www.parlament.ch

Der Ständerat wird durch eine Vertreterin der CVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SP und die SVP



Stärke der Fraktionen im Ständerat

FDP:	13
CVP/EVP:	13
SP:	12
SVP:	6
Grüne:	1
BDP:	1
GLP:	0

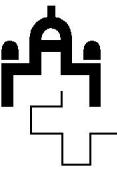


1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

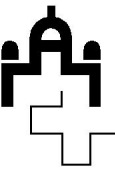
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

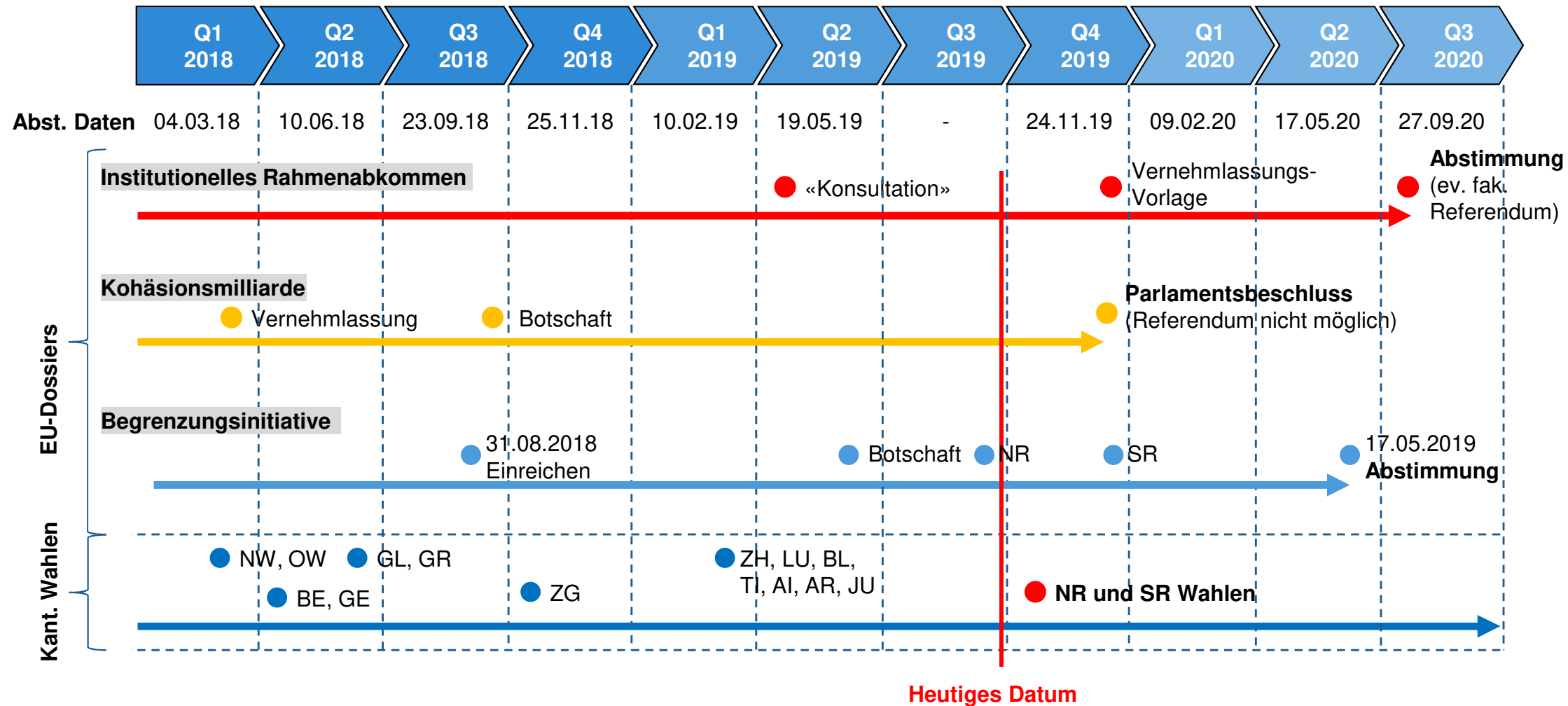


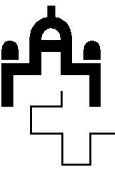
Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Herbstsession und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Schweiz-EU: Institutionelles Rahmenabkommen (InstA)
- 2 Schweiz-EU: Kohäsionsmilliarde
- 3 Schweiz-EU: Begrenzungsinitiative
- 4 Entwicklungshilfe-Milliarden für die AHV-Sanierung einsetzen
- 5 Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»
- 6 CO₂-Gesetz
- 7 Diverse weitere Geschäfte, u.a.
 - Erhöhung des Kinderabzugs bei der direkten Bundessteuer auf 10'000 Franken
 - Staatlich verordneter Vaterschaftsurlaub
 - Neue Kampfflugzeuge für den Schutz der Bevölkerung vor Gefahren aus der Luft
 - Verbot von Zigarettenwerbung in der Presse und im Internet
 - Vereinfachte Bestandesregulierung von reissenden Wölfen
 - Keine doppelte Belastung der Unternehmen durch Radio- und Fernsehgebühren



Neben dem institutionellen Rahmenabkommen sind die Kohäsionsmilliarde und die Begrenzungsinitiative hängig



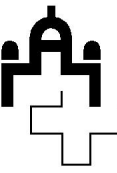


10 Punkte, die gegen das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU sprechen (1/3)

Das EU-Rahmenabkommen ist entschieden abzulehnen. Das Abkommen missachtet die Unabhängigkeit des Landes, die Rechte des Schweizer Volkes, die Neutralität und den Föderalismus und gefährdet die Schweizer Wohlfahrt.

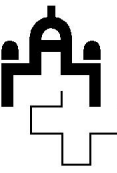
Nachfolgend eine Analyse in 10 Punkten des seit dem 7. Dezember 2018 schriftlich vorliegenden Vertragstextes über das institutionelle Rahmenabkommen Schweiz-EU („InstA“):

- 1) Mit dem Rahmenabkommen würden **zentrale Politikbereiche zukünftig direkt durch Brüssel diktiert** (Art. 2 InstA „Geltungsbereich“). Unsere **Wirtschaftspolitik, Verkehrspolitik** (Land- und Luftverkehr), **Landwirtschaftspolitik**, Regelung der **Zuwanderung, Arbeitsmarktregulierung**, sowie der **Zugang zu unseren Sozialversicherungen** würden neu von der EU bestimmt.
- 2) Bei bilateralen Abkommen, die die Schweiz mit anderen Staaten abschliesst, gilt der von beiden Seiten unterzeichnete Vertragstext. **Staatsverträge auf Augenhöhe**, welche im gegenseitigen Interesse abschlossen werden, **unterstützt die SVP**. Das Rahmenabkommen beendet diesen Weg, da neu **die Schweiz verpflichtet würde, zukünftiges EU-Recht zwingend zu übernehmen** (Art. 5 InstA „Integration von Rechtsakten“). **Die EU würde damit in wesentlichen Bereichen zum neuen Gesetzgeber für die Schweiz** – anstelle des Schweizer Volkes und der Stände für die Verfassung resp. des Volkes und des Parlaments für Bundesgesetze.



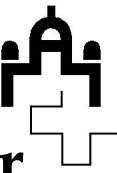
10 Punkte, die gegen das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU sprechen (2/3)

- 3) Das Rahmenabkommen bestimmt, dass **der EU-Gerichtshof bei Streitigkeiten entscheidet** (Art. 4 InstA „Grundsatz der einheitlichen Auslegung“). Wörtlich ist festgehalten: *„Das Urteil des EU-Gerichtshofs ist für das Schiedsgericht verbindlich.“* (Art. 10 Ziff. 3 InstA). Das Schiedsgericht dient dazu, die Abhängigkeit vom EU-Gerichtshof zu verschleiern. Professor Baudenbacher folgert: **„[Dem Schiedsgericht] kommt in praktisch allen Fällen kein Ermessen zu. Damit unterwirft sich die Schweiz dem Gericht der Gegenpartei, dem die Unparteilichkeit fehlt.“**
- 4) Das Rahmenabkommen führt zu einer **massiven Verschlechterung der Rechtssicherheit**. Heute kann die Schweiz, wo sinnvoll, freiwillig EU-Regeln übernehmen. In Zukunft **wäre die Schweiz verpflichtet, alle von der EU vorgeschriebenen Regeln zu übernehmen**. Die SVP vertraut auf den bewährten schweizerischen Rechtssetzungsprozess. Das Schweizer Volk, die Stände und das Schweizer Parlament sind Garant für den Erhalt unserer guten Rahmenbedingungen und unserer starken Wirtschaftskraft.
- 5) Sollten es das Schweizer Volk oder das Parlament wagen, die Übernahme einer EU-Bestimmung zu verweigern, sieht der Vertrag „Ausgleichsmassnahmen bis hin zur teilweisen oder vollständigen Suspendierung der betroffenen Abkommen“ vor (Art. 10 InstA). **Die Schweiz würde somit die EU ermächtigen, Strafmassnahmen gegen die Schweiz zu erlassen, wenn das Schweizer Volk oder das Parlament EU-Recht ablehnen sollte.**

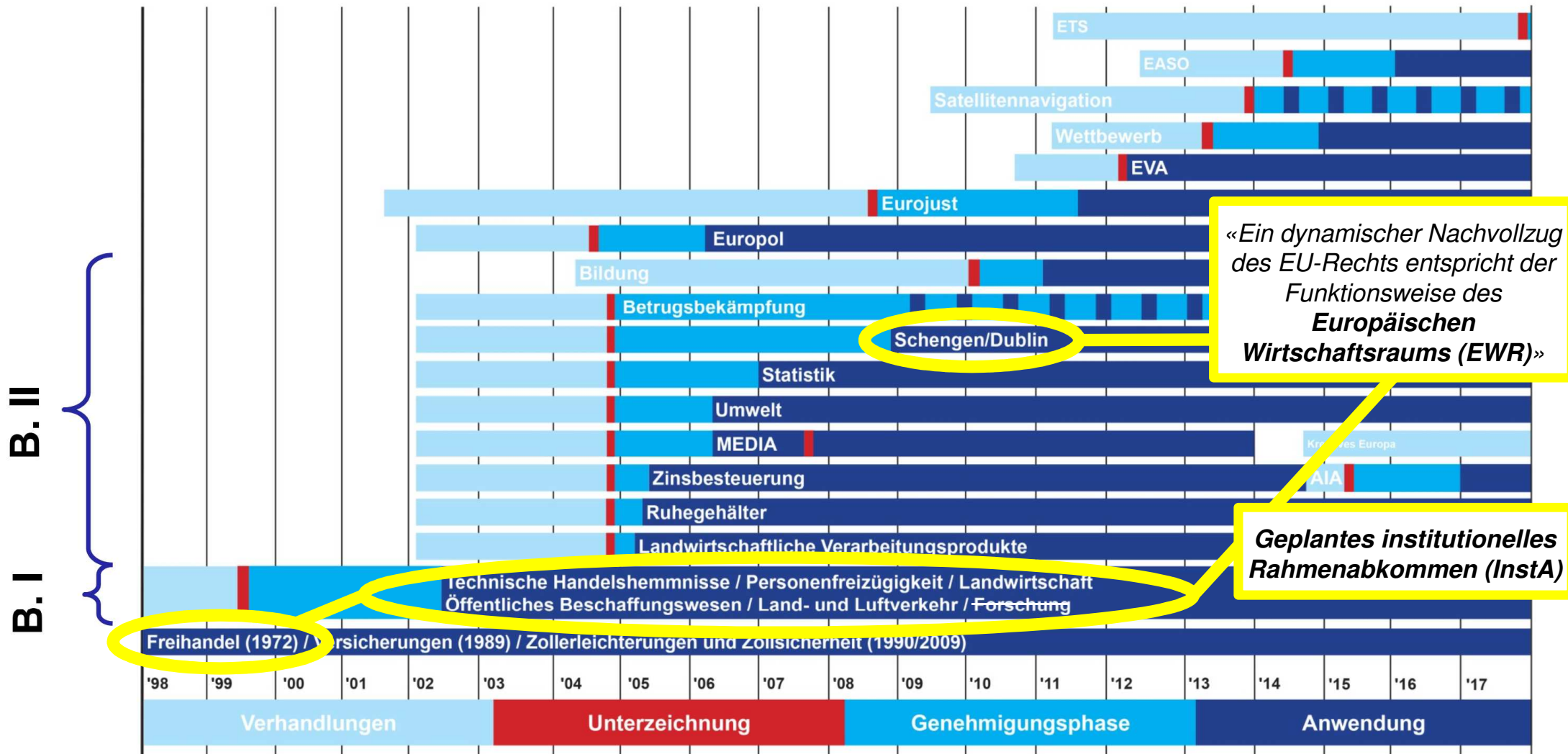


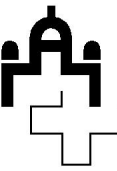
10 Punkte, die gegen das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU sprechen (3/3)

- 6) Die **eigenständige Steuerung der Zuwanderung** (vom Volk am 9. Februar 2014 angenommen), die **Ausschaffung krimineller EU-Ausländer** (vom Volk am 28. November 2010 angenommen) und die **Beschränkung des Zugangs zu unseren Sozialversicherungen** würden durch das Rahmenabkommen **verunmöglicht**.
- 7) Die Schweiz müsste neu **jährlich hunderte von Millionen Franken an Osteuropa** leisten, obwohl immer mehr Firmen ihre Produktion aus der Schweiz in diese Länder verlagern („Gemeinsame Erklärung EU-Schweiz zur Kohäsion“, S. 34 InstA).
- 8) Die **Super-Guillotine** sieht vor, dass mit der Kündigung des Rahmenabkommens nach sechs Monaten **alle bisherigen und zukünftigen EU-Marktzugangsabkommen automatisch dahinfallen** würden (Art. 22 InstA).
- 9) Das Rahmenabkommen hält fest, dass die **EU-Beihilferegeln neu auch für das Schweiz-EU Freihandelsabkommen von 1972 gelten** (Präambel und S. 35 InstA). Dies bedeutet, dass die **Kantone ihre Souveränität verlieren**, und dass **die EU fortan jederzeit in die kantonale Steuer- und Wettbewerbspolitik eingreifen kann**.
- 10) Die Schweiz hat ihre **bewährte Wirtschaftspolitik fortzusetzen**, mit allen Ländern der Welt **Beziehungen in gegenseitigem Interesse** zu pflegen und sich mit einem **Revitalisierungsprogramm** für allfällige Gegenmassnahmen der EU bei Ablehnung des Rahmenabkommens zu wappnen.



Überblick über die wichtigsten bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU





Aus wahltaktischen Gründen wurde die Kohäsionsmilliarde abtraktandiert – Nach den Wahlen wird Mitte-Links zustimmen

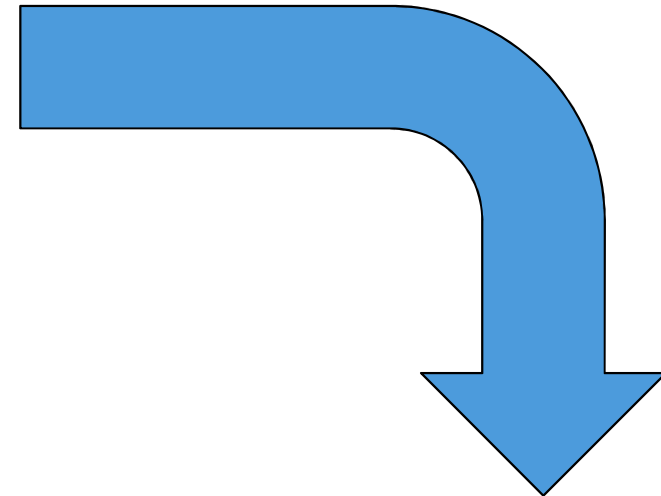
Ordnungsantrag Aeschi
vom 12. September 2019

Das Geschäft 18.067 «Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in der erweiterten EU. 2. Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten» ist in der Herbstsession 2019 zu behandeln.

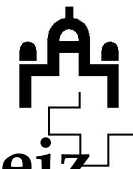
Begründung

Ein weiteres Mal wird versucht, die bewährten Stärken und Tugenden der Schweiz zu zerstören. Die Zahlungen der Schweiz an die EU summieren sich auf 1.3 Milliarden Franken. CVP und FDP haben vor der Sommerpause 2019 versichert, dass sie dem 2. Beitrag an ausgewählte EU-Staaten nur zustimmen, wenn die EU keine Retorsionsmassnahmen gegen die Schweiz ergreift. Die EU hat aber mit der Verweigerung der Börsenäquivalenz ab dem 1. Juli 2019 Retorsionsmassnahmen ergriffen. Entgegen dem Versprechen von CVP und FDP haben diese Parteien nun nicht den Mut, dieses Geschäft wie sie versprochen abzulehnen. Stattdessen haben Sie in der Kommission durchgebracht, die Beschlussfassung zu den verbleibenden Differenzen im Geschäft 18.067 aufs vierte Quartal 2019, also auf nach den Wahlen, zu verschieben.

Jede Verschiebung der Debatte auf einen Termin nach den Wahlen kommt einer Irreführung der Schweizer Wähler gleich und ist abzulehnen. Der Wähler soll wissen, dass Mitte-Links der EU, die uns immer wieder unter Druck setzt, trotzdem konditionslos 1.3 Milliarden Franken überweisen wollen. Zudem gibt es keinen Grund die bestehenden Differenzen zwischen dem NR und dem SR aufzuschieben, da die Meinungen bezüglich Aufteilung des Kohäsions- und Migrationskredits sowie über einen geforderten Kredit für die Beteiligung der Schweiz an „Erasmus+“ bereits gemacht sind und keine Änderung der Lage hinsichtlich der bilateralen Beziehungen Schweiz-EU zu erwarten ist.

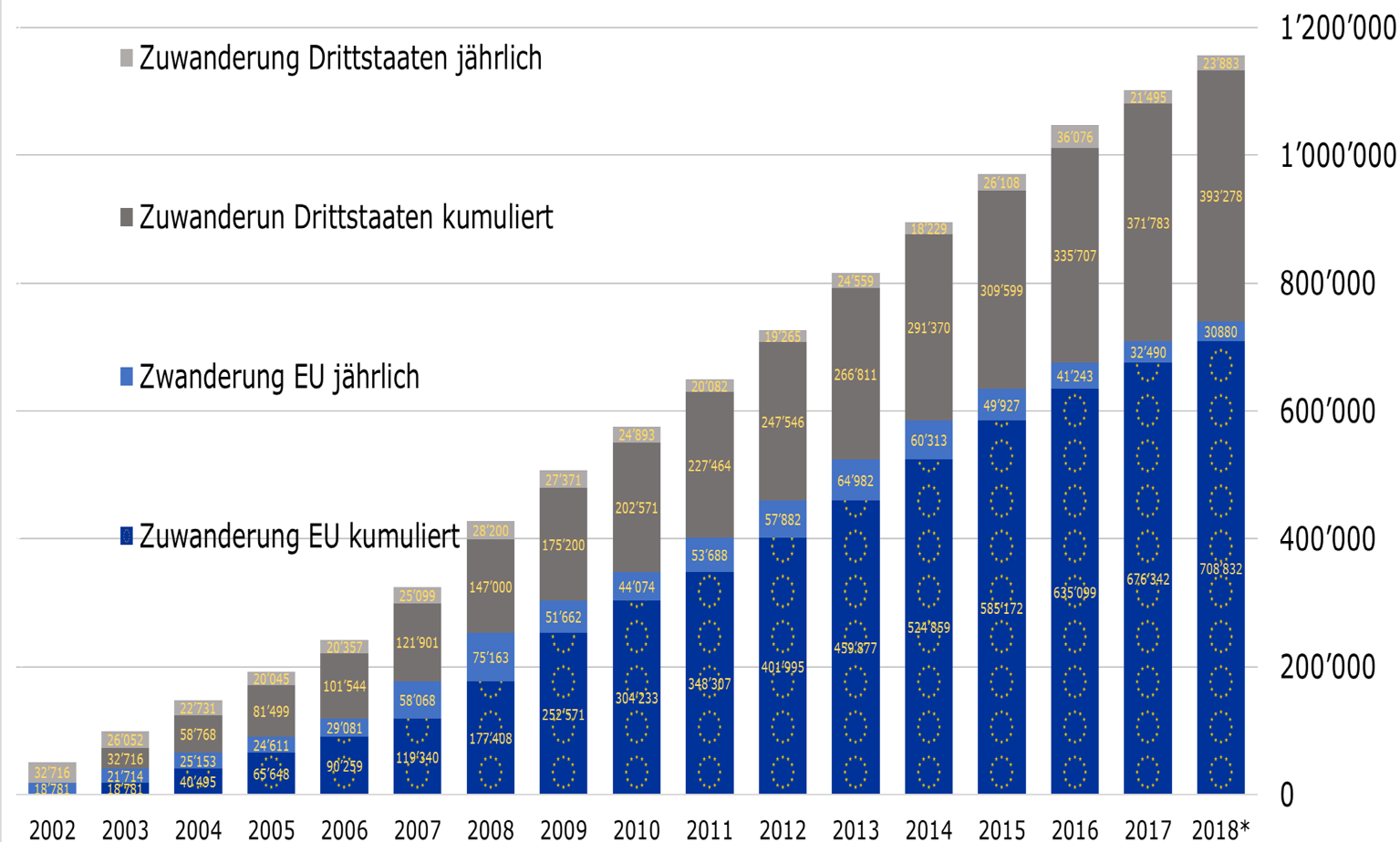


Fraktion / Groupe / Gruppo	C	S	V	GL	RL	C	BD	Tot
+ Ja / oui / si			63					63
- Nein / non / no	11	37		7	32	26	6	119
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1						1
O Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	3	5	1	1	3	1	15
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1



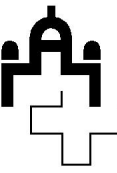
In den letzten 13 Jahren sind 1 Million Menschen in die Schweiz eingewandert (Nettozuwanderung vom 1. Jan. 2006 - 31. Dez. 2018)

Über 1,1 Millionen Nettozuwanderer seit Einführung der Personenfreizügigkeit

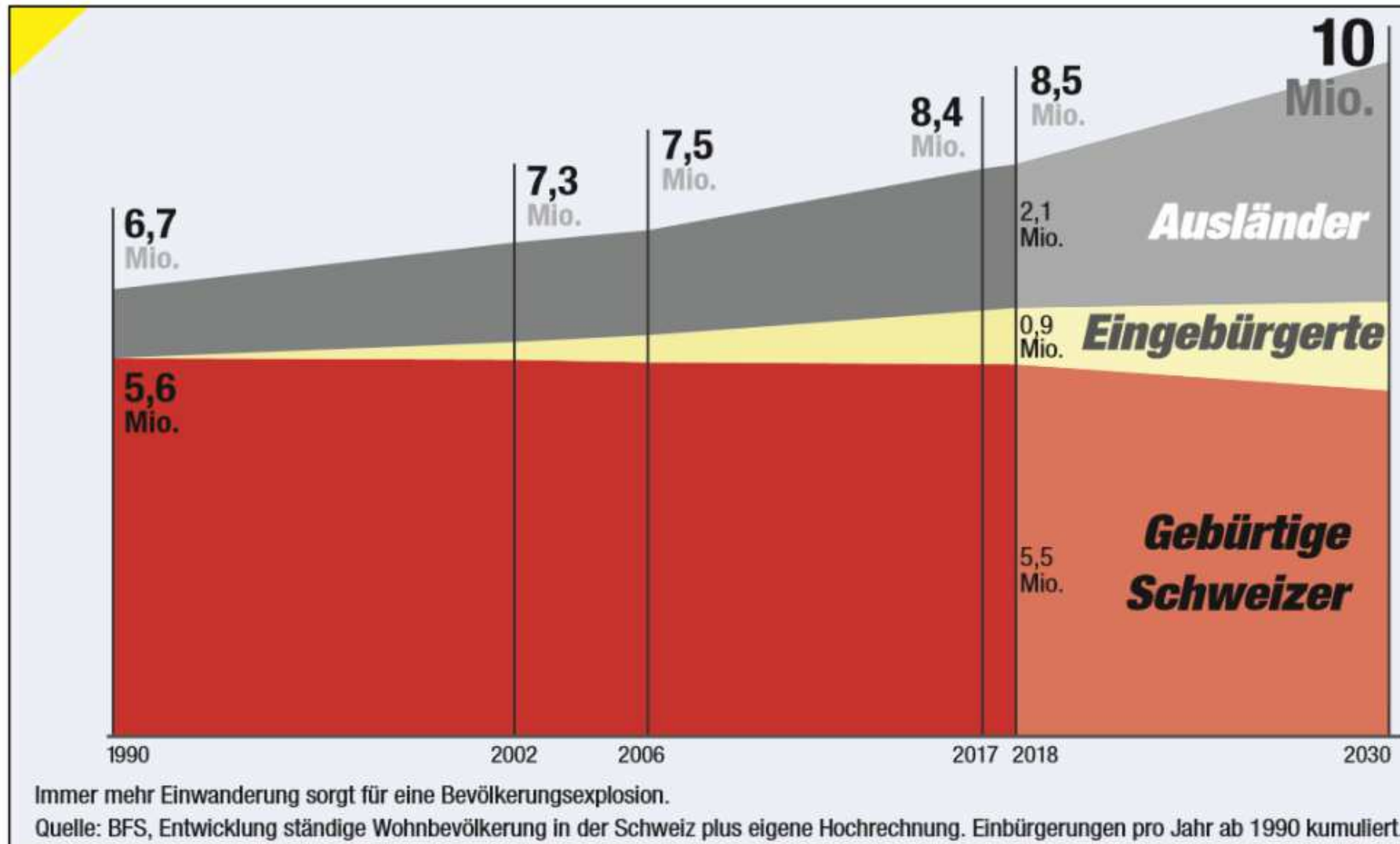


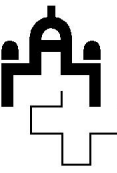
Quelle: BFS

TA / 30. September 2019

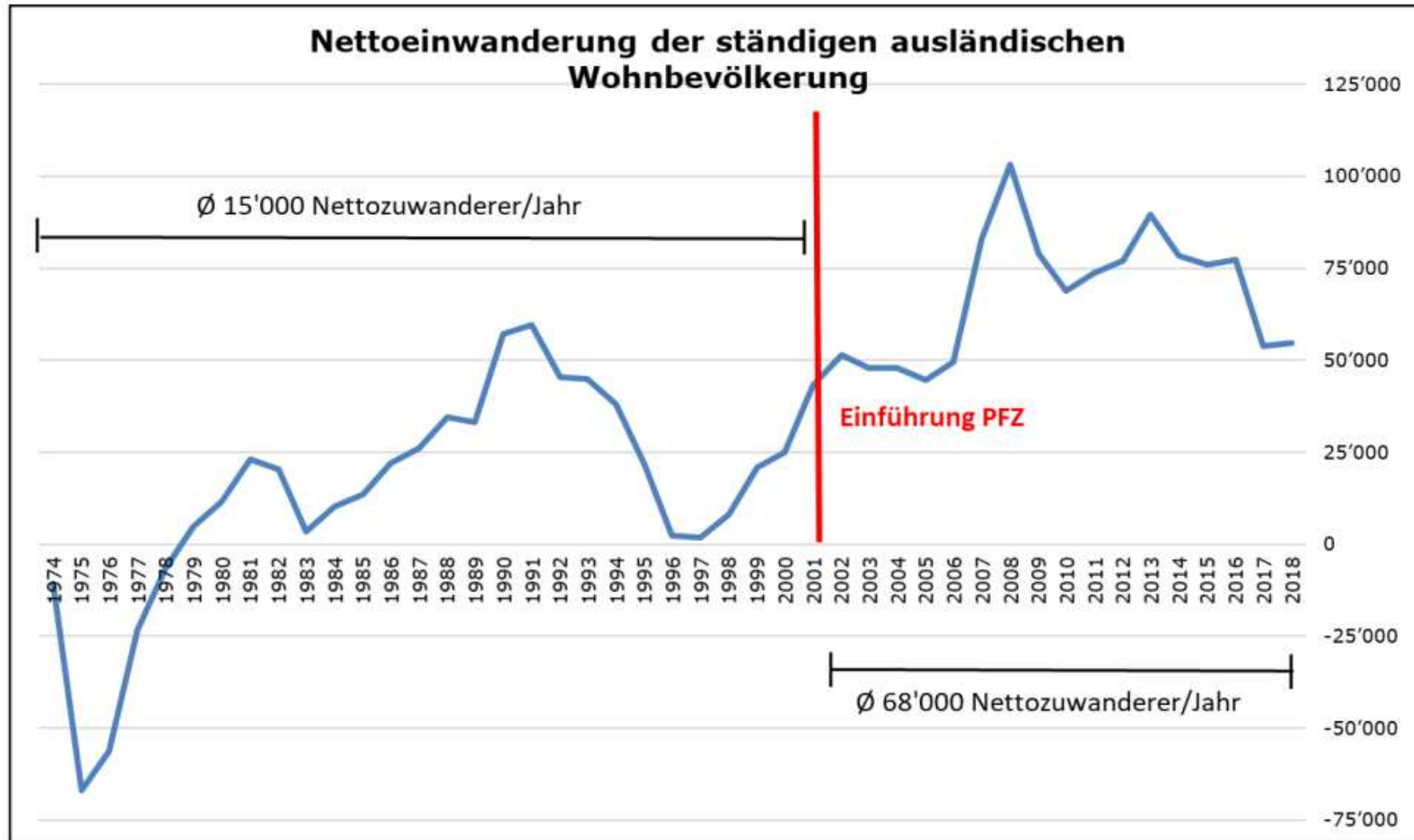


Wird die Zuwanderung nicht wieder eigenständig gesteuert, haben wir schon in 10-15 Jahren eine 10-Millionen-Schweiz

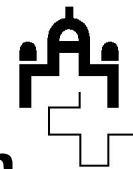




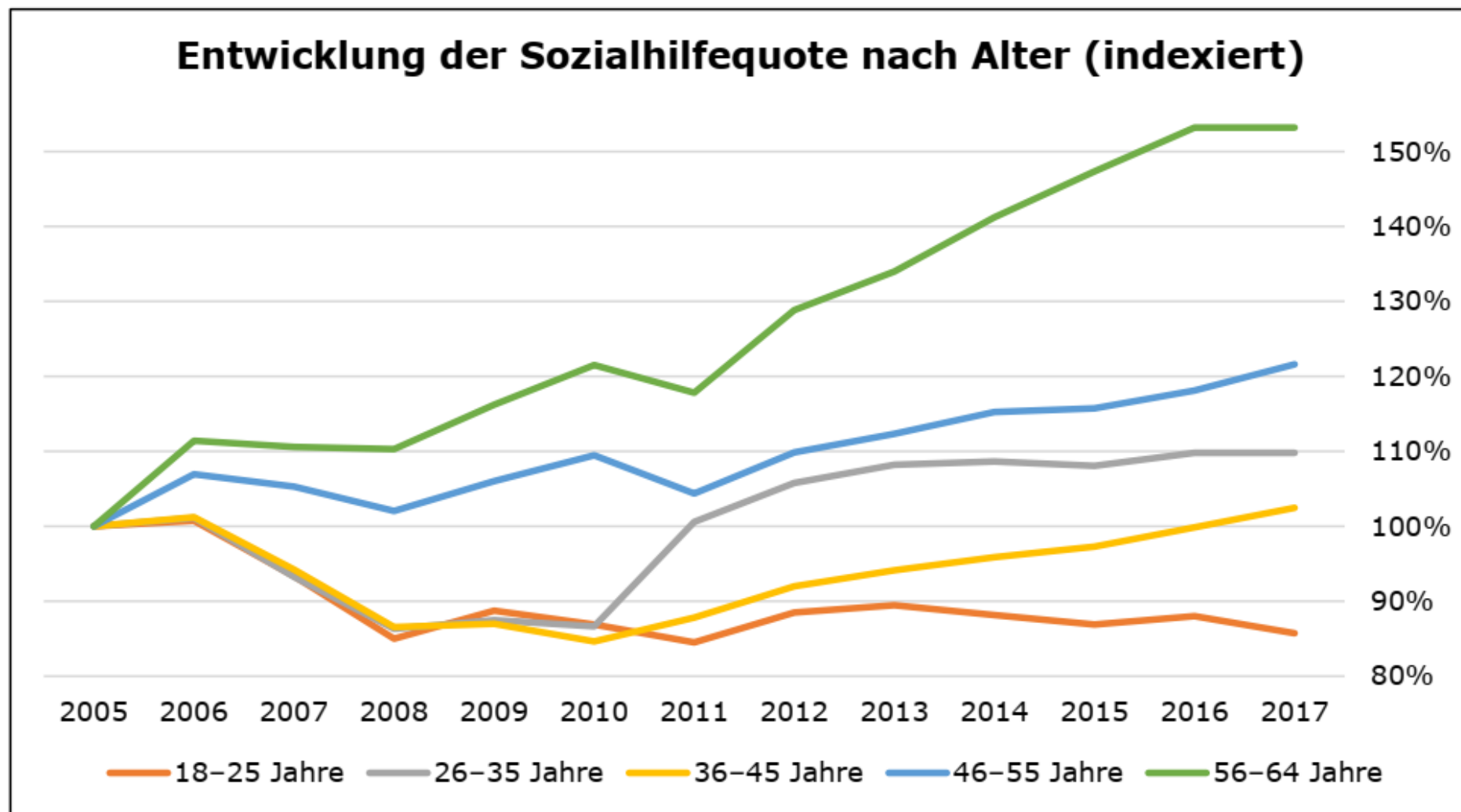
Seit Einführung der EU-Personenfreizügigkeit wandern jährlich knapp 70'000 – statt wie früher 15'000 Personen – in die Schweiz ein



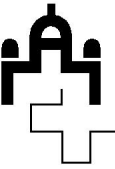
Quelle: Eigene Darstellung auf Basis BFS & SEM, Wanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung



Insbesondere Ü50-Schweizerinnen und Schweizer werden durch jüngere und billigere EU-Zuwanderer verdrängt



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis BFS, Sozialhilfestatistik (SHS)



Gegen den Willen der SVP spricht sich das Parlament für die Fortführung der masslosen Zuwanderung aus

- **Einheimische Arbeitsplätze** werden zusehends **gefährdet**, namentlich ältere Leute verlieren ihre Stelle und werden durch junge Ausländer ersetzt, der **Wohnraum wird knapper**, die **Mieten und Hauspreise steigen** und die Landschaft wird **zubetoniert**. **Züge, Strassen und Schulen** platzen aus allen Nähten. Migranten verändern unsere **Kultur**. Plätze, Züge und Strassen werden **unsicherer**. Hinzu kommt, dass praktisch die **Hälfte aller Sozialhilfebezüger Ausländer** sind. Entsprechend steigen die Sozialhilfeausgaben der Gemeinden ins Unerträgliche.
- Mit der Begrenzungsinitiative soll der mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU eingeführte **Rechtsanspruch auf die freie Zuwanderung** in die Schweiz aus dem EU-Raum aufgehoben werden.
- Eine **eigenständige Regelung der Zuwanderung** ist für jede unabhängige und wirtschaftlich erfolgreiche Nation **eine Selbstverständlichkeit**. Es käme ihnen nie in den Sinn, über 500 Millionen Bürgern anderer Staaten einen rechtlichen Anspruch auf Einwanderung zu gewähren.
- Nach der krassen Missachtung des Volkswillens und des Willens der Kantone bei der Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, weigert sich das Parlament trotz offensichtlicher Missstände aufgrund der masslosen Zuwanderung, die dringend notwendigen Korrekturen in der Migrationspolitik vorzunehmen.
- Ausser der SVP **empfehlen** alle anderen Fraktionen im Nationalrat die **Begrenzungsinitiative zur Ablehnung**.

Die SVP wollte sicherstellen, dass das hart erarbeitete Geld der Schweizerinnen und Schweizer zuerst im Inland ausgegeben wird

- Das hart erarbeitete Geld der Schweizer Steuerzahler soll zuerst für die Schweizerinnen und Schweizer verwendet werden, statt ins Ausland überwiesen zu werden. Aus diesem Grund hat die SVP zahlreiche Vorstösse eingereicht:
 - [18.3755 Mo. Fraktion V. Entwicklungshilfe-Milliarden für die AHV-Sanierung einsetzen](#)
 - [18.3756 Mo. Fraktion V. Kohäsionsmilliarde für die AHV-Sanierung einsetzen](#)
 - [18.3214 Mo. Salzmänn. Entwicklungshilfegelder müssen vom Volk genehmigt werden](#)
 - [18.3247 Mo. Röstli. Milliarden-Entwicklungshilfeszahlungen an die EU gehören vors Volk](#)
 - [18.3666 Mo. Wobmann. Keine Entwicklungshilfe bei Christenverfolgung](#)
- Die SVP stand mit der Forderung, das hart erarbeitete Geld der Schweizer Steuerzahler zuerst für die Schweizerinnen und Schweizer zu verwenden, statt ins Ausland zu überweisen, alleine da. Die Vertreter der übrigen Parteien wollen weiterhin Milliarden ins Ausland zahlen und für die dringend notwendige Sanierung der heimischen Sozialwerke die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zur Kasse bitten.
- **Die SVP wird sich damit nicht zufrieden geben und reichte bei der Bundeskanzlei eine Volksinitiative zur Vorprüfung ein: Aus der Entwicklungshilfe soll jährlich eine Milliarde in die AHV umgeleitet werden.**

Weniger Entwicklungshilfe zugunsten der AHV

Bundesbudget Die SVP reicht die Volksinitiative «1 Milliarde mehr in die AHV statt ins Ausland schicken» ein.

Die SVP knüpft sich die Entwicklungszusammenarbeit vor: 1 Milliarde Franken jährlich soll aus deren Budget in die AHV übertragen werden. SVP-Wahlkampfleiter Adrian Amstutz (SVP, BE) bestätigte am Montag dieser Zeitung, dass seine Partei am Freitag eine Volksinitiative mit dieser Forderung zur Vorprüfung an die Bundeskanzlei eingereicht habe. Damit setzt die Partei eine Ankündigung aus ihrem Parteiprogramm um.

Von der Kürzung ausgenommen ist im Entwurf des Initiativtextes die humanitäre Hilfe. Bei Hungersnöten, nach einem Tsunami oder nach Erdbeben soll die Schweiz weiterhin direkte Hilfe



SVP-Wahlkampfleiter Adrian Amstutz. Foto: Keystone

an Notleidende leisten können. Das entspricht der humanitären Tradition der Schweiz, sagt Amstutz. Damit wird klar, dass nach einer Annahme der Initiative vor allem die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) Federn lassen müsste.

Inhaltlich begründet Amstutz die Initiative vor allem mit den Finanzierungsproblemen bei der AHV. Bereits 2018 habe das Defizit 1 Milliarde Franken betragen. Das kumulierte Umlagedefizit werde zwischen 2021 und 2030 etwa 43 Milliarden erreichen. Erhielte die AHV durch die Initiative 1 Milliarde mehr, entspräche dies den jährlichen AHV-Beiträgen von gegen 300 000 «Büezern, Bauern und Gewerblern», sagt Amstutz.

Vor allem aber stört sich die SVP an den rund gut 3 Milliarden Franken, die der Bund für die Entwicklungshilfe aufwendet. Amstutz begründet die geplante «Umlagerung in die AHV» so: «Wer im eigenen Haus Hand-

lungsbedarf hat, geht auch nicht hinaus und verteilt das Geld auf andere, fremde Häuser.»

Sachlicher Zusammenhang

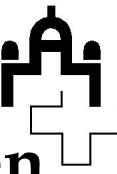
Angesichts des Initiativtextes, der dieser Zeitung vorliegt, stellt sich die Frage nach dem Gebot der Einheit der Materie. Dieses Prinzip verlangt, dass zwischen den einzelnen Teilen einer Initiative ein sachlicher Zusammenhang bestehen muss. Damit soll erreicht werden, dass die Stimmbürger ihre Haltung differenziert zum Ausdruck bringen können.

Markus Schefer, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Basel, beurteilt den Initiativtext auf Anfrage kri-

tisch. Es stelle sich ernsthaft die Frage, ob ein genügender sachlicher Zusammenhang zwischen öffentlicher Entwicklungshilfe und der Alimentierung der AHV bestehe. Schefer verweist auf einen Fall von 1995, in dem das Parlament eine Volksinitiative wegen fehlender Einheit der Materie für ungültig erklärte.

SVP-Nationalrat Amstutz widerspricht Schefers Einschätzung. Die Einheit der Materie sei gegeben, weil es hier wie dort um die Verwendung von Steuergeld gehe. Das Stimmvolk müsse entscheiden können, wo das Steuergeld prioritär eingesetzt werde.

Beni Gafner



Radikale Muslime und linke Chaoten sollen sich weiter verhüllen dürfen

Worum es geht

Ergebnis in den Räten

- Ein wirkungsvolles Verhüllungsverbot wird dringend für mehr Sicherheit in Bezug auf illegale Demonstrationen, Ausschreitungen, aber insbesondere auch in Bezug auf die Terrorgefahr benötigt. Es darf nicht sein, dass die Sicherheit und der soziale Zusammenhalt in der Schweiz wegen einer falschen Toleranz gegenüber fundamentalistischen und frauenfeindlichen Muslimen leiden.
- Die Mehrheit des Ständerates will gegen den Willen der SVP weiter untätig zusehen, wie Ladengeschäfte von Vermummten eingeschlagen und muslimische Frauen zur Verschleierung gezwungen werden und empfiehlt die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» zur Ablehnung.



Die Linken und Netten wollen dem Schweizer Mittelstand noch mehr Geld aus der Tasche ziehen und Benzin und Heizöl verteuern

Hier erfahren Sie, wie der rot-grüne Raubzug auf Ihr Geld konkret aussieht:



Mehrkosten pro Haushalt und Jahr



Höhere Benzinpreise: *Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!*

Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus.

plus Fr. 270.–



Zusätzliche CO₂-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO₂ auf Fr. 210.– oder von 25 Rappen ***auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!***

Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–.

plus Fr. 1'134.–



Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:

Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– ***neu Fr. 600.– bis 800.–!***

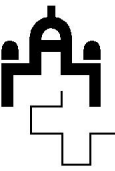
plus Fr. 400.–



Verbot von Ölheizungen: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt ***Fr. 1'128.–!***

plus Fr. 1'128.–

- Schon heute steigen die Bundesausgaben jährlich um Milliarden von Franken an. Nun wollen die Linken und Netten dem Schweizer Mittelstand noch mehr Geld aus der Tasche ziehen. Konkret sollen die Abgaben auf Benzin sowie Heizöl steigen und Flugtickets mit einer Klimaabgabe künstlich verteuert werden.
- Es ist klar wohin uns das langfristig führt: Die Mieten werden steigen und bald werden sich nur noch Reiche das Reisen leisten können. Zudem verliert die Schweiz als Wirtschaftsstandort an Attraktivität und Arbeitsplätze werden in jene Länder verlagert, wo günstiger produziert werden kann. Nachdem die FDP in Sachen Klimapolitik ins linksgrüne Lager gewechselt hat, war die SVP die einzige Fraktion, die gegen diese desaströsen Massnahmen ankämpfte.



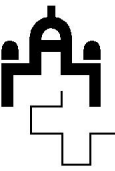
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/10): Ausländerpolitik

**FDP und Linke
wollen keine
Massnahmen
gegen
Ausbreitung des
radikalen Islams**

**Bundesrat
zusätzliche
Asylzentren**

**Terrorunter-
stützer wird
Schweizerpass
entzogen**

- Mit Stichentscheid der SP-Nationalratspräsidentin lehnte eine Mehrheit aus FDP und Linken eine Motion der SVP ab. Diese forderte griffige Massnahmen, um der Ausbreitung des radikalen Islams in der Schweiz Einhalt zu gebieten. So wäre u.a. die Finanzierung von Moscheen aus dem Ausland verboten, deren Schliessung bei radikalen Tendenzen ermöglicht und das Ausstellen von Visa an radikale Prediger unterbunden worden. Angesichts des knappen Resultats reichte ein Mitglied der SVP-Fraktion die Motion erneut ein.
- Man müsste meinen, bei sinkenden Asylzahlen sollten auch die Kosten sinken. Weit gefehlt! Rund 94 Millionen Franken bewilligte die grosse Kammer für drei Bundesasylzentren: Altstätten SG (43 Millionen Franken), Le Grand-Saconnex GE (27,3 Millionen Franken) und Schwyz (24,1 Millionen Franken). Der Streichungsantrag der SVP für das Asylzentrum Schwyz scheiterte allerdings nur knapp mit 93 zu 87 Stimmen.
- Zahlreiche Schweizer Doppelbürger haben sich in den vergangenen Jahren dem Islamischen Staat oder anderen islamistischen Terrororganisationen angeschlossen bzw. diese unterstützt. Obwohl die Möglichkeit besteht, haben die Behörden solchen Doppelbürgern die Schweizer Staatsbürgerschaft bisher noch nie entzogen. Mit mehreren Vorstössen forderte die SVP in der Frühjahrssession 2019 die neue Justizministerin Karin Keller-Sutter zum Handeln auf. Dies zeigt nun Wirkung: Am 11. September 2019 verkündete das Staatssekretariat für Migration, es habe nun erstmals einem wegen Terrorunterstützung verurteilten Doppelbürger den Schweizerpass entzogen. Die SVP wird den Druck auf die Behörden hochhalten.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/10): Staatspolitik

**Papierkrieg statt
praktikablem
Datenschutz**

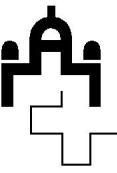
- Der technologische Wandel der jüngeren Zeit bringt neue Herausforderungen in Bezug auf den Datenschutz. Statt diese jedoch pragmatisch und KMU-freundlich zu lösen, liessen sich die übrigen Parteien von den Entwicklungen in der EU unter Druck setzen. Das Resultat ist eine Gesetzesvorlage von über 250 Seiten und zahlreichen bürokratischen Vorschriften. Tragisch daran ist, dass der Datenschutz nicht mal verbessert wird, sondern lediglich der Juristenzunft Aufträge beschert. Aus diesem Grund wollte die SVP das Gesetz an den Bundesrat zur Überarbeitung zurückweisen. Doch die Mehrheit im Nationalrat akzeptierte den Papiertiger.

**Keine Regeln für
abtretende
Bundesräte**

- Der Ständerat weigert sich, für abtretende Bundesräte eine Frist vorzuschreiben, während der sie keine bezahlten Mandate annehmen dürfen, die in einem engen Zusammenhang mit ihrem Amt stehen. Im Nationalrat hatte eine Allianz von SVP, SP und Grünen die Initiative noch deutlich angenommen. Aber offenbar will im von CVP und FDP dominierten Ständerat trotz bereits grosszügigem Ruhegehalt niemand seinen Parteikollegen ein lukratives Pöstchen unterschlagen. Doris Leuthard und Kaspar Villiger lassen grüssen.

**Ständerat sperrt
sich gegen
Verordnungsveto
des Parlaments**

- Immer wieder kommt es vor, dass der Bundesrat in seiner Kompetenz Verordnungen erlässt, die nicht dem Willen des Gesetzgebers entsprechen. Heute sind die Einflussmöglichkeiten des Parlaments darauf beschränkt. Deshalb fordert die SVP seit Jahren einen Ausbau der Kontrollrechte des Parlaments. Obwohl der Nationalrat sie bereits genehmigte, trat der Ständerat nicht mal auf eine Vorlage ein, die dem Parlament erlaubt hätte, solche Verordnungen zu kassieren.



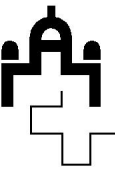
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/10): Wirtschafts- und Finanzpolitik

**Kinderabzug bei
der direkten
Bundessteuer
auf CHF 10'000
erhöht**

- Lassen Eltern ihre Kinder extern betreuen, sollen sie künftig bei der direkten Bundessteuer bis zu CHF 25'000 abziehen können. Heute sind es CHF 10'100. Dank der Hartnäckigkeit der SVP konnte auch der allgemeine Kinderabzug von heute CHF 6'500 auf CHF 10'000 erhöht werden. So können künftig auch Eltern profitieren, die ihre Kinder selbst betreuen. Der Ständerat hatte sich lange gewehrt. Voraussichtlich wird das Volk am Ende entscheiden müssen, weil die SP das Referendum ankündigte. Es passt nicht in ein linkes Weltbild, dass es viele Familien gibt, die sich selbstverantwortlich um die eigenen Kinder kümmern oder die unentgeltliche Hilfe von Verwandten beanspruchen.

**Ständerat weist
neuen Vorschlag
zur Heiratsstrafe
zurück**

- Der neue Anlauf zur Abschaffung der Heiratsstrafe ist vorerst gescheitert: Der Ständerat wies die Vorlage an den Bundesrat zurück. Das Thema beschäftigt die Politik seit Jahren. 2016 lehnte das Stimmvolk eine Volksinitiative der CVP zur Abschaffung der Heiratsstrafe äusserst knapp ab. Weil der Bund falsche Zahlen vorgelegt hatte, entschied das Bundesgericht später, dass die Abstimmung aufzuheben sei. Wird die Initiative nicht zurückgezogen, muss der Urnengang wiederholt werden. Ob die CVP die Initiative zurückzieht, hängt davon ab, ob sich das Parlament auf gesetzliche Regeln einigen kann. Ein Rückzug der Initiative ist möglich, bis der Bundesrat den Abstimmungstermin festlegt. Dies muss vor dem 27. Mai 2020 geschehen. Der Bundesrat legte ein komplexes Besteuerungsmodell vor. Der Ständerat hat darüber aber nicht entschieden. Er nahm den Antrag auf Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat an.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/10): Wirtschafts- und Finanzpolitik

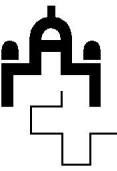
**Staatlich
verordneter
Vaterschafts-
urlaub**

**Gewerkschaften
profitieren weiter
von Arbeitslosen**

**Ständerat will in
Milchmarkt
eingreifen**

**Sport und
Kulturvereine
gleich behandeln**

- Wer Kinder in die Welt setzt, hat sich um diese zu kümmern. Eine Mehrheit im Parlament ist der Überzeugung, dass Staat und Allgemeinheit sich auch in diesen Lebensbereich noch stärker einmischen sollen. Zwar empfehlen National- und Ständerat eine Volksinitiative, die einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub fordert, zur Ablehnung. Doch gleichzeitig genehmigte die Bundesversammlung gegen den Willen der SVP einen indirekten Gegenvorschlag für zwei Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub. Kostenpunkt: 229 Millionen Franken pro Jahr, finanziert über höhere Lohnabzüge aller Arbeitstätigen.
- Die SVP nahm die Änderung des Arbeitslosengesetzes zum Anlass, die Rolle der Gewerkschaften und deren private Arbeitslosenkassen zu hinterfragen. Diese haben keinen Anreiz, effektiv zu arbeiten, denn je mehr Arbeitslose betreut werden, umso mehr Geld fliesst in die Kassen der Gewerkschaften. Leider lehnten die übrigen Parteien Vorstösse der SVP ab, die mehr Transparenz verlangten, bzw. private Arbeitslosenkassen gleich ganz abschaffen wollten.
- Der Ständerat will keine Steuerung der Milchmenge. Aber er überwies eine Motion, die verlangt, dass die Preise für A- und B-Milch zwingend in Kilogramm und fix für drei Monate festgelegt werden. Auch hat die Motion einen Passus, der darauf hinaus läuft, dass C-Milch freiwillig wird.
- Heute werden Sportanlässe bei der Mehrwertsteuer privilegiert behandelt, indem Teilnahmegebühren (Startgelder) von der Steuer befreit sind. Diese Ausnahme wird nun auch auf kulturelle Veranstaltungen ausgedehnt und diese damit gleichbehandelt. Der Ständerat stimmte einer entsprechend Motion aus der SVP zu.



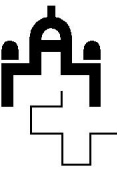
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/10): Aussenpolitik

**112 Mio. Franken
für internationales Genf**

**Parlament soll
mitreden bei
Einsatz der
Schweiz im UNO-
Sicherheitsrat**

**Parlament stützt
mutlose
Europapolitik des
Bundesrates**

- Die Schweiz als Gaststaat internationaler Organisationen soll gestärkt werden. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat den Einsatz von CHF 111,8 Millionen für die Jahre 2020-2023 gutgeheissen. Die Kürzungsanträge der SVP waren bereits im Nationalrat gescheitert.
- Der Bundesrat muss in einem Bericht bis Mitte 2020 ausführen, wie er das Parlament in die Entscheidungen der Schweizer UNO-Delegation in New York miteinbeziehen will. Dies wird besonders relevant, sollte die Schweiz in den nächsten Jahren die vom Bundesrat angestrebte Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat erhalten und so über Krieg und Frieden mitentscheiden. Die SVP stimmte im Ständerat für das Postulat, ist aber grundsätzlich gegen eine Mitgliedschaft der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat, weil dies nicht mit der Neutralität vereinbar ist.
- Mit den Gegenmassnahmen wegen der Nichtanerkennung der Börsenäquivalenz durch die EU ist SVP-Finanzminister Ueli Maurer eine Ausnahme. Ansonsten agiert der Bundesrat eher plan- und mutlos. Eine Motion der SVP wollte erreichen, dass der Bundesrat eine vertrauliche Liste von Gegenmassnahmen erstellt, falls die EU weitere diskriminierende Massnahmen gegen die Schweiz erlässt. Doch die Mehrheit des Nationalrates hat kein Interesse daran, wohl weil sie ohnehin ein Rahmenabkommen wollen.



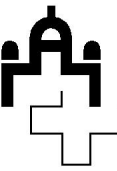
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/10): Sicherheitspolitik

**Neue
Kampfflugzeuge
für den Schutz
der Bevölkerung**

**Armeepersonal-
bestände sichern
– Abgänge in den
Zivildienst sollen
erschwert
werden**

**Bund muss
historische
Schiessen und
Feldschiessen
unterstützen**

- Ab 2030 erreichen die heutigen Kampfflugzeuge das Ende ihrer Lebensdauer. Steht dann kein Ersatz bereit, kann die Schweizer Bevölkerung nicht mehr vor Gefahren aus der Luft geschützt werden. Eine bürgerliche Allianz hat im Ständerat mit ihrem Entscheid für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ein deutliches Signal für einen wirkungsvollen Schutz der Schweizer Bevölkerung vor Gefahren aus der Luft gegeben.
- Obwohl die Bevölkerung weiter wächst, hat die Armee Mühe, die personellen Bestände zu halten. Ein Grund ist die Attraktivität des Zivildienstes: Was einst als Alternative für Militärdienstverweigerer gedacht war, wird heute von Rekruten, Soldaten und selbst Kadern missbraucht, um den Dienst angenehmer zu gestalten. Dem will der Ständerat einen Riegel zu schieben, um die Einsatzfähigkeit der Armee und damit die Sicherheit der Bevölkerung nicht zu gefährden. Der Zivildienst soll neu mindestens 150 Dienstage dauern, egal wie viele Militärdienstage geleistet wurden. Zudem soll der Zivildienst auch für Kader massgeblich länger als die verbleibenden Militärdienstage dauern. Ausserdem soll für den Wechsel aus der Armee in den Zivildienst eine Wartefrist von 12 Monaten gelten.
- Der Bund soll die Sanierung belasteter Schiessstandorte auch dann unterstützen, wenn nach 2020 noch in den Boden geschossen wird. Das gilt sowohl für historische Schiessen als auch für Feldschiessen. Nach dem Nationalrat genehmigte nun auch der Ständerat die entsprechende Vorlage. Die geplanten Gesetzesänderungen gehen auf eine parlamentarische Initiative von Adrian Amstutz (SVP/BE) zurück.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/10): Rechtsfragen

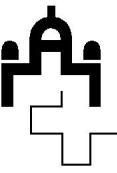
**Ständerat gibt
grünes Licht für
Modernisierung
des Erbrechts**

**SVP angemessen
am BGer**

**Böswillige
Betreibungen
sanktionieren**

**Nationalrat will
mildere Strafen
bei leichten
Verkehrsdelikten**

- Ziel der vom Ständerat verabschiedeten Revision ist es, das über 100-jährige Erbrecht den heutigen Familienverhältnissen anzupassen. Konkret soll der Pflichtteil der Kinder verringert werden. Dieser beträgt heute drei Viertel des gesetzlichen Erbanspruchs, neu soll es die Hälfte sein. Der Pflichtteil der Eltern soll ganz entfallen. Damit könnte ein Erblasser über einen grösseren Teil seines Nachlasses frei verfügen, um z.B. einen Lebenspartner oder auch dessen Kinder begünstigen können. Für nicht verheiratete Partner, mit denen ein Erblasser mindestens 5 Jahre zusammenlebte, wollte der Bundesrat einen Unterstützungsanspruch vorsehen. Diesen lehnte der Ständerat jedoch ab.
- Die Vereinigte Bundesversammlung wählte drei SVP-Richter ins höchste Schweizer Gericht. Damit ist die SVP am Bundesgericht seit Jahren erstmals wieder ihrer Grösse entsprechend vertreten.
- Missbräuchliche Betreibungen sind für deren Opfer nicht nur mühsam, sondern wirtschaftlich schädigend. Aus diesem Grunde sollen die Urheber solch böswilliger Betreibungen bestraft werden können. Eine unheilige Allianz aus SVP, SP und Grünen genehmigte im Nationalrat eine entsprechende Motion aus der SVP. Warum die übrigen Bürgerlichen nicht mitzogen, bleibt ein Rätsel.
- Der Nationalrat will Verkehrssünder weniger hart bestrafen und setzte eine parlamentarische Initiative aus der SVP entsprechend um. Den fehlbaren Autofahrern soll der entzogene Führerausweis früher zurückgegeben werden, wenn sie eine Nachschulung absolvieren.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/10): Sozial- und Gesundheitspolitik

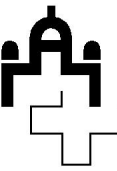
Einkauf in Säule 3a

Ständerat stimmt für neue Werbeverbote für Zigaretten

Digitalisierung soll Gesundheits- kosten senken

Kantone sollen sich auch an ambulanten Behandlungen beteiligen

- Wer es versäumte, in früheren Jahren in die 3. Säule einzuzahlen, soll dies nachholen können. Der Ständerat überwies eine entsprechende Motion mit Unterstützung der SVP und gegen den Willen der SP.
- Drei Jahre nach der Rückweisung des Geschäfts an den Bundesrat will der Ständerat die Schrauben beim Umgang mit Tabakprodukten nun doch anziehen. Zigarettenwerbung in der Presse und im Internet soll verboten werden. Zudem dürfen keine Tabakprodukte an Minderjährige mehr verkauft werden. Ebenfalls verboten werden soll das Sponsoring von internationalen Anlässen durch die Tabakindustrie. Die SVP lehnt Werbeverbote für legale Produkte ab, da solche einer liberalen Wirtschaftsordnung widersprechen.
- Leistungserbringer wie Ärzte, Spitäler oder Apotheker sollen ihre Rechnung künftig elektronisch und in standardisierten Verfahren einreichen müssen. Damit sollen Verwaltungskosten bei den Krankenversicherungen eingespart werden. Als Zweitrat nahm auch der Ständerat eine SVP-Motion an.
- Heute werden ambulante Behandlungen vollständig von den Krankenkassen bezahlt, also über Prämien. Stationäre Leistungen hingegen werden zu mindestens 55 Prozent von den Kantonen und damit aus Steuergeldern finanziert; den Rest bezahlen die Krankenkassen. Das führt dazu, dass die Versicherungen kaum Anreize haben, ambulante Behandlungen zu fördern, auch wenn diese günstiger wären. Diesen Fehlanreiz will der Nationalrat gegen den Widerstand der Kantone beseitigen, die sich gegen allfällige Mehrkosten wehren.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/10): Umwelt-, Verkehrs-, Energie und Kommunikationspolitik

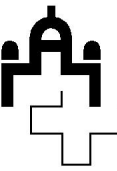
**Horrende Radio-
und Fernsehge-
bühren**

**Erster Schritt in
Richtung «Road
Pricing»**

**Erleichterungen
für umweltscho-
nende Treibstoffe**

**Weniger Hürden
für Schweizer
Wasserkraft**

- Obwohl mittlerweile jeder Privathaushalt Radio- und TV-Gebühren entrichten muss – selbst wenn kein Radio oder Fernseher vorhanden ist – werden Unternehmen nochmals zur Kasse gebeten. Dieser Doppelbelastung will eine parlamentarische Initiative der SVP – unterstützt von der bürgerlichen Mehrheit im Nationalrat – den Stecker ziehen.
- Was praktisch tönt, könnte zum Bumerang werden: Nach dem Nationalrat stimmte leider auch der Ständerat einer freiwilligen digitalen Autobahnvignette zu, welche die klassische Klebvignette ersetzen soll. Dabei wird die digitale Vignette mit der Fahrzeugnummer gekoppelt. Genau das ist jedoch der erste Schritt in Richtung einer staatlichen Verkehrslenkung bzw. eines Road Pricings.
- Auf Erdgas, Flüssiggas und biogene Treibstoffen sollen weiterhin Steuererleichterungen gewährt werden. Der Nationalrat sprach sich mit Unterstützung der SVP-Fraktion dafür aus, die geltenden Regeln zu verlängern - und verhinderte, dass die Ratslinke die Vorlage für ihre Klimahysterie kaperte.
- Die Betreiber von Wasserkraftwerken sollen künftig bei Konzessionserneuerungen weniger rigorose Umweltmassnahmen ergreifen müssen als bisher. Der Nationalrat setzte damit eine Parlamentarische Initiative aus der SVP deutlich um.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (10/10): Umwelt-, Verkehrs-, Energie und Kommunikationspolitik

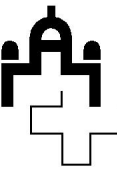
**Vereinfachte
Bestandes-
regulierung von
reissenden
Wölfen**

- Nicht nur Wölfe, Bären und Luchse, auch der Biber und andere Wildtiere, die in der Schweiz als ausgerottet galten, kehren wieder in die Schweiz zurück. Dies stellt Landwirte vor Schwierigkeiten. Ihre Nutztiere fallen den Wildtieren zum Opfer und Getreide- sowie Gemüsekulturen werden zerstört. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament unterstützte die Lockerung des absoluten Schutzes dieser Wildtiere. So können Wölfe und auch andere geschützte Tiere künftig geschossen werden, wenn durch sie Schaden droht oder um den Bestand zu regulieren.

**Parlament
beschliesst
Handelsverbot
für illegal
geschlagenes
Holz**

- Illegal gefälltes Holz darf in der Schweiz nicht mehr gehandelt werden. Das Parlament schrieb zusätzlich die Weiterführung der Deklarationspflicht zu Art und Herkunft des Holzes gegenüber den Konsumenten ins Gesetz. Auch für andere Rohstoffe und Produkte als Holz kann der Bundesrat Anforderungen für das Inverkehrbringen festlegen. Voraussetzung ist, dass Anbau, Abbau oder Herstellung die Umwelt erheblich belasten oder natürliche Ressourcen gefährdet sind. Dieser vom Nationalrat eingebrachten Ergänzung schloss sich der Ständerat an. Die Ergänzung zielt auf das umstrittene Palmöl.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Wintersession: 2. – 20. Dezember 2019**
- **Frühlingsession: 2. – 20. März 2020**
- **Sommersession: 2 – 19. Juni 2020 (1. Woche: Dienstag bis Freitag, 1. Juni = Pfingstmontag)**
- **Herbstsession: 7. – 25. September 2020**
- **Wintersession: 30. November – 18. Dezember 2020**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**

Motivieren Sie jetzt im grossen Wahl-Endspurt
Freunde und Bekannte, der SVP die Stimme zu geben!

Frei und sicher.

www.svp.ch

SVP wählen!



Fragen

– zu den Wahlunterlagen?
– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.



Gratis-Wahlhotline:

0800 0 1291 0

Mail:

wahlen@svp.ch



SVP bi de Lüt im ganzen Land!

National- und Ständeratswahlen 2019

Grosser Wahl-Endspurt

**Samstag, 5. Oktober
Kommen Sie auch!**

**Jetzt Ihre SVP-Kandidaten treffen
und wählen gehen!**

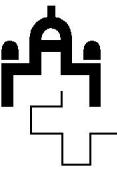
	Liestal	Genussmarkt Liestal, 09.00 - 13.00, Wurst und Bier, musikalische Unterhaltung
	Baden	Schlossbergplatz Baden, 10.00 - 13.00, Apéro, mit Wurst und Bier!
	St. Gallen	Kornhausplatz im Zentrum, Stadt St. Gallen, 10.00 - 13.00, mit Gratis OLMA-Bratwurst, Holzofen- brüli u. Shorty, Soft-ice-Wagen, Musik: Dana Wisler und Band, Glücksrad, kleine Kuh-Hüpfburg für Kinder
	Schaffhausen	Fronwagplatz Schaffhausen, 08.00 - 12.00, mit Kaffeestube gratis Kaffee und Gipfeli
	Stans	Hof Familie Waser-Niederberger, Buochserstrasse 50, Stans, 10.00 - 13.30, offerierter Apéro, Festwirtschaft, musikalische Unterhaltung, Familienprogramm
	Kerns	Restaurant zum Turm, Melchtalerstrasse 1, Kerns, 10.00 - 14.00, Wurst, Brot und Bier, musikalische Umrahmung
	Steinen	Dorf, Steinen, 14.00 - bis nach Mitternacht
	Luzern	Torbogen beim Bahnhof Luzern, 09.30 - 14.00, mit Platzkonzert, Kaffee/Gipfeli, Getränke/Apéro / Grill
	Cham	Dorfmarkt Cham, 09.00 - 13.00, mit Ausschank von Getränken, Wurst und Brot, Ländlermusik
	Zürich	Stadt Zürich, Münsterhof, 09.30-14.00, Grillbratwurst und ein Getränk, Musik und Unter- haltung: Stadtband Blech & Schwefel, Alphornbläser, Treischler
	Aarberg	Aarberg, AARfit-Sporthalle, 10.00-13.30, mit «Schlangenfrau» Nina Burri, Musik und Festwirtschaft
	Grenchen	Marktplatz Grenchen, 10.00 - 14.00, Musikalische Unterhaltung mit Alphorn-Duo und Jodler Bargbrünnli, Wurst vom Grill mit Schwyzerbrötl
	Davos	Seehofseil Davos, 9.30 - 13.00, Festwirtschaft, musikalische Unterhaltung, Gumpischloss für Kinder
	Thurgau	Verschiedene Anlässe im ganzen Kanton Thurgau. Weitere Informationen: svp-thurgau.ch .

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?
Kein Problem: Bringen Sie Ihre Wahlunterlagen mit.
Wir beantworten Ihnen alle Fragen.

Jetzt SVP wählen!
Die Partei des Mittelstandes

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, www.svp.ch, PC: 30-8828-5





Haben Sie Fragen?